

Bewegung in den AStA!

Für einen aktiven, solidarischen, kritischen und linken AStA! Vom 1. bis 5. Dezember wählen gehen.

Die knapp 60 000 StudentInnen der Universität Köln bilden zusammen eine der größten Interessengemeinschaften in Köln. Entsprechend haben auch ihre demokratisch gewählten Vertretungen – das StudentInnenparlament (StuPa) und der von diesem gewählte Allgemeine StudentInnen-Ausschuss (AStA) – ein großes politisches Potenzial, das nicht ausreichend genutzt wird: Zum einen verzichten viele KommilitonInnen auf ihr Stimmrecht, zum anderen wurde der AStA in den letzten Jahren von den Jusos, den »Unabhängigen« und der »Lust« entpolitisiert. Entsprechend sinkt das studentische Interesse an AStA und StuPa.

Politik, Information und Service – das sind die zentralen Aufgaben eines AStA. Wir möchten, dass diese drei Bereiche wieder so ausgefüllt werden, dass sich der Gang zur Wahlurne lohnt – und zwar nicht nur für diejenigen, die gewählt werden, sondern vor allem für die, die vom AStA vertreten werden.

1.12. bis 5.12.2003

Wahlen zum StudentInnenparlament und zu den Fachschafts- und Fakultätsvertretungen

Für das StudentInnenparlament:
Alternative Liste (AL)

Für Fachschafts-/Fakultätsvertretungen:
Fachschafts- und Vollversammlungslisten

An der Jura:
Arbeitskreis kritischer JuristInnen (AKJ)

An der WiSo:
Linke an der WiSo (LAW)

Das StudentInnenparlament (SP) als höchstes beschlussfassendes Gremium der StudentInnenschaft wählt den Allgemeinen StudentInnenausschuss (AStA), beschließt über den Haushalt, der aus einem Anteil der Rückmeldebeiträge gespeist wird und ist für alle Angelegenheiten zuständig, die die StudentInnenschaft als Ganzes betreffen. Beispielsweise war es vor einigen Jahren Aufgabe des StudentInnenparlaments, über die Einführung des Semestertickets zu beschließen.

Die Alternative Liste ist seit ihrer Gründung 1984 die größte linke Fraktion im StudentInnenparlament.

Außer den uniweiten Gremien SP und AStA gibt es Fachschaften und Fakultätsvertretungen, die die StudentInnenschaft eines Faches/einer Fakultät vertreten. Diese werden ebenfalls per Urne gewählt. Die meisten Fachschaften bzw. Fakultätsvertretungen geben danach ihr Mandat an eine basisdemokratische Vollversammlung zurück.

Alle eingeschriebenen StudentInnen, die an der Universität Köln ErsthörrInnenstatus haben, sowie die TeilnehmerInnen des Deutschkurses der Universität oder des Studienkollegs sind stimmberechtigt. Urnen stehen in fast allen Uni-Gebäuden. An jeder Urne kann unter Vorlage von StudentInnen- und Lichtbildausweis gewählt werden.

Deine Stimme hilft, das Gewicht unserer StudentInnenvertretung zu stärken.

Jede Stimme für die Alternative Liste ist eine Stimme für einen linken AStA und starke Fachschaften!

Für einen freien Hochschulzugang

Die Alternative Liste setzt sich für den unbeschränkten Zugang aller Menschen zur Bildung ein, unabhängig ob Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung oder sonstiger Bildungsform. Dafür ist allerdings eine umfangreiche finanzielle und personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen notwendig. Studiengebühren bzw. -konten, unter welchem Etikett auch immer eingeführt, oder an ökonomischen Interessen ausgerichtete Studiengänge und -inhalte verhindern eine selbstbestimmte Bildung für alle.

In den Hochschulen wird schon seit langem versucht, jeglichen Rest von selbstbe-

stimmter Bildung und Organisation zu zerstören. Die staatliche Unterfinanzierung der Hochschulen durch die öffentlichen Haushalte ist kein Zufall oder aus Sachzwängen hergeleitet. Im Gegenteil, die so genannten Sachzwänge, leere Kassen, wurden systematisch geschaffen, um u. a. die Strategie von Privatisierung, Drittmittelwerbung und Umbau der Hochschule in unternehmensähnliche Gebilde voran treiben zu können.

Die Hochschule ist keine Insel

Im Gegensatz zur AStA-Sozialreferentin Ute Spickenheuer (»Die Unabhängigen«), die bei ihrer Wahl verkündete, dass es

nicht Aufgabe des AStA sei, den Sozialabbau der Bundesregierung zu kritisieren, ignorieren wir nicht, dass gesellschaftliche Probleme keinesfalls an den Türen der Universität Halt machen.

Wir können nicht tatenlos zusehen, wenn sich Nazis breit machen und damit KommilitonInnen ausgrenzen und bedrohen. Auch dürfen wir nicht dulden, wenn ProfessorInnen reaktionäre Ideologien verbreiten oder der Rüstungs-, Atom- oder Gentechniklobby zuarbeiten.

Wir gehen davon aus, dass nur eine umfassende Politisierung der Gesellschaft statt bornierter Standesvertretung (etwa das Ausspielen von Studien- gegen Kindergarten- und Altenpflege gegen Sportvereinunterstützung etc.) dafür sorgen kann, die weitere Zerstörung von sozialen Absicherungen zu stoppen.

Die gegenwärtigen Tendenzen hin zu einem Überwachungsstaat, der mit Instrumenten wie biometrischen Daten in Ausweisen oder flächendeckender Videoüberwachung operiert, missbilligen wir. Die Einführung von Chipkarten und die elektronische Erfassung des Studienverhaltens durch Systeme wie *uk-online* halten wir für Schritte in die falsche Richtung.

Wissen ist Macht

Sowohl die Fachschaften als auch die StudentInnen müssen Zugang zu den Informationen bekommen. Die AL möchte daher verstärkt Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Informationsbroschüren anbieten. Dabei wollen wir uns nicht nur auf bildungs- und sozialpolitische Themen beschränken.

Eine wichtige Informationsquelle für StudentInnen sind auch die Fachschaften. Deren eigenständige Arbeit möchten wir im Gegensatz zu allen anderen Hochschulgruppen fördern, uns aber nicht in deren Belange einmischen, indem ihre Gelder gekürzt und ihnen nicht gewollte Strukturen übergestülpt werden.

Gerade rechte oder sich unpolitisch nennende Hochschulgruppen werben damit, dass sie ihre Energien nicht in politische Arbeit, sondern in StudentInnenservice stecken. Schaut man sich aber das Service-Angebot der letzten Jahre an, sieht man die Auswirkungen, die entstehen, wenn Gruppen Servicearbeit als lästiges Nebenprodukt oder als Werbemaßnahme für die eigene Hochschulgruppe betreiben: Das Angebot wurde quantitativ und qualitativ abgebaut.

So ist das Konzept der derzeitigen AStA-Zeitung »Rückmeldung« dringend überar-

beitungsbedürftig. Statt einer Zusammenstellung von Mensaspiseplänen, Terminen und halbgenen Artikeln streben wir ein konzeptionell überarbeitetes, informatives und kritisches Magazin an, das nicht nur wegen der Speisepläne gelesen wird.

Auch die Partyreihe »Le Debut« zeigt, was gerade die »Unabhängigen« unter Service verstehen. Natürlich veranstalten AStA, Fachschaften oder auch die AL Partys. Aber wozu muss der AStA ein hohes finanzielles Risiko eingehen, um eine von Dutzenden Mainstream-Massenpartys in Köln zu veranstalten, die noch nicht mal preiswerter als die Konkurrenz ist? Der hohe Arbeitsaufwand wäre besser aufgehoben, würde man beispielsweise das AStA-Café nutzen, um studentischen oder anderen Newcomer-Bands die Chance eines Auftritts zu geben.

Für eine solidarische Politik

Die KandidatInnen der AL trugen im vergangenen Jahr eigenständig, mit anderen politischen Initiativen gemeinsam und in den Gremien der Verfassten StudentInnenschaft außerhalb des AStA viele Impulse in die Hochschule.

– wir arbeiteten gegen Studienkonten und -gebühren

– wir setzten uns kritisch mit fach- und fakultätsspezifischen Erscheinungsformen der Bildungsmisere (Stellenstreichungen, Seminararteilnahmebeschränkungen etc.) auseinander

– wir mobilisierten zu Demonstrationen gegen Sozialabbau oder Krieg

– wir beteiligten uns an antirassistischen und antifaschistischen Aktivitäten (Unterstützung des Grenzcampus in Köln, Mobilisierung zu Antifa-Demonstrationen)

– wir führten Veranstaltungen u. a. zum Krieg im Irak oder über das Finanzgebaren der WestLB in Ecuador durch

– wir vertreten studentische Interessen u. a. im StudentInnenwerk oder im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS)

Linke Politik muss erfahrbar sein. Für uns ist Servicearbeit daher praktische Solidarität. Der qualitative und quantitative Ausbau der Beratungsangebote, ein kompetentes und umfassendes BAföG- und Sozialinfo sowie zahlreiche Informationsveranstaltungen gehören zu unseren Zielen der AStA-Arbeit. Sie sind Teil unseres Einsetzens für ein solidarisches Miteinander.

Politik, Information und Service kann man nicht trennen. Wir treten an, damit die Universität wieder einen aktiven, streitbaren, kompetenten, linken und solidarischen AStA bekommt.



Jetzt aber fix in den AStA. Am 5.12. ist Wüstenrot-Tag.

Foto: Raphaela Häuser

Platzt der Kragen auch in NRW?

Streiks und Großdemonstrationen gegen Studiengebühren von München bis Berlin

An den Hochschulen bewegt sich was. In Wiesbaden gingen 40 000 StudentInnen, SchülerInnen und LehrerInnen auf die Straße, um gegen den Kahlschlag im Bildungswesen in Hessen zu demonstrieren. Bereits seit dem 5. November wird an hessischen Hochschulen gestreikt.

Anlass sind die von der Koch-Regierung geplanten so genannten Langzeit-Studiengebühren von bis zu 900 Euro und die Zweitstudiumsgebühren von bis zu 1500 Euro pro Semester.

Mitte November demonstrierten Niedersachsens StudentInnen gegen die geplante Schließung vieler Fachbereiche und gegen drohende Stellenstreichungen. Ende des

Monats traten alle großen Berliner Hochschulen gegen die von SPD und PDS im Stadtstaat geplanten Studiengebühren in den Streik.

Gleichzeitig protestierten in mehreren bayrischen Städten Zehntausende StudentInnen gegen Kürzungen im Hochschul- und Bildungsbereich; hier sollen ab dem Wintersemester 2004/2005 für ein Erststudium 400 bis 600 Euro pro Semester fällig werden.

So genannte Modernisierer in der SPD wie Niedersachsens Ex-Ministerpräsident Sigmar Gabriel fordern im Einklang mit dem Centrum für Hochschulentwicklung, einem *think tank* der Bertelsmann-Stiftung

und der Hochschulrektorenkonferenz, die Streichung des Studiengebührenverbots für das Erststudium, das in der letztjährigen Novelle des Hochschulrahmengesetz (HRG) gerade erst verankert worden war, und die Einführung so genannter nachlaufender Studiengebühren für alle – eine Umschreibung für eine AkademikerInnensteuer.

In NRW werden alle StudentInnen noch im Laufe dieses Jahres Bescheide darüber erhalten, ob sich ihr Studienkonto im Soll befindet und ob sie ab Sommersemester 2004 für den Besuch der Hochschule 650 Euro zahlen müssen. Auch in Köln gibt es Bestrebungen, Vollversammlungen zu initi-

ieren und Veranstaltungen durchzuführen, um den Widerstand gegen diesen, uns StudentInnen direkt betreffenden Teil des umfassenden Bildungs- und Sozialkahlenschlags in Gang zu bringen.

Wenn diese Zeitung in Druck geht, wird gerade eine Ausweitung der Proteste auf die bundesweite Ebene geplant. Wir rufen dazu auf: Werdet aktiv! Bildet Initiativgruppen, wendet euch an eure Fachschaften! Lassen wir die KommilitonInnen und KollegInnen in Hessen, Berlin und anderswo nicht allein! Nach dem teilweise erfolgreichen Streik im Sommer 2002 ist es an der Zeit, dass wir auch in NRW wieder aus der Haltung des Abwartens herauskommen.